

# Welche Schweizer wählen die SVP und warum?

*Anita Manatschal und Carolin Rapp*

## 1. Einleitung

In den letzten 20 Jahren hat die Schweizerische Volkspartei (SVP) ihren Wähleranteil mehr als verdoppelt und sich zur wählerstärksten Partei der Schweiz entwickelt. Begleitet wurde dieser beeindruckende Aufstieg von einem grundlegenden ideologischen Wandel. Ehemals eine Vertreterin traditionell protestantischer Wählergruppen von Bürgern, Bauern und Gewerbetreibenden, präsentiert sich die SVP heute als eine alle Wählerschichten umfassende Volkspartei mit rechtspopulistischer Ausrichtung.<sup>1</sup> Mit einem Wähleranteil von 28,9 Prozent erreichte die Popularität der SVP bei den Wahlen 2007 ihren vorläufigen Höhepunkt. Nicht zuletzt aufgrund neuer parteipolitischer Akteure im politischen Zentrum, allen voran der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP), die 2008 aus einer Abspaltung von der SVP hervorgegangen ist, sowie dem Aufkommen der Grünliberalen ist der Wähleranteil der SVP bei den letzten Wahlen im Oktober 2011 erstmals seit 1995 wieder gesunken. Trotzdem bleibt sie mit

---

1 Nationale und internationale Studien klassifizieren die SVP heute als typische Vertreterin rechtspopulistischer Parteien (vgl. Kriesi et al. 2006; Mudde 2007; Skenderovic 2009). Kennzeichnend für solche Parteien sind eine ausgeprägt öffnungsskeptische Haltung sowie eine hohe populistische Anziehungskraft, die sich gegen politische Eliten und Mehrheitsparteien richtet (Kriesi et al. 2006: 928). Das letzte Merkmal unterscheidet die rechtspopulistische SVP etwa von klassischen nationalkonservativen Parteien (siehe auch Armingeon und Engler in diesem Band).

26,6 Prozent der Wählerstimmen nach wie vor die eindeutig wählerstärkste Partei der Schweiz. Die Wahlen 2015 werden weisen, ob es 2011 lediglich einen kurzfristigen Einbruch im nach wie vor ungebrochenen Aufstieg der SVP gab, oder ob die damaligen Wahlen tatsächlich einen Trendwechsel angekündigt haben.

Belege für die nach wie vor grosse Popularität der Politik der SVP finden sich vor allem in der direktdemokratischen Arena. In den vergangenen Jahren hat das Volk mehrere restriktive Vorlagen der SVP im Bereich der Migrationspolitik angenommen, so etwa 2009 die Minarettinitiative, oder die Initiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer im Jahr 2010. Mit der Masseneinwanderungsinitiative gelang es der SVP im Frühjahr 2014 schliesslich als erster Partei überhaupt, eine Bevölkerungsmehrheit für das Anliegen der Einwanderungsbeschränkung zu gewinnen. Angesichts dieser zahlreichen direktdemokratischen Durchbrüche in jüngster Zeit könnte man vermuten, dass die SVP bei den Wahlen 2015 ihren Siegeszug fortführen wird. Gleichzeitig deuten jedoch einige Indizien darauf hin, dass sich die SVP zwar als rechtspopulistischer Akteur in der schweizerischen Parteienlandschaft etabliert, ihr Mobilisierungspotenzial auf nationaler Ebene aber ausgeschöpft hat (Kriesi et al. 2005: 270; Lachat 2008). In diese Richtung weist etwa das Wahlbarometer der SRG (Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft). Dieses skizziert ein Jahr vor den Wahlen ein Szenario, wonach die SVP ihren Status als wählerstärkste Partei zwar halten kann, jedoch am meisten Wählerstimmen verliert.<sup>2</sup>

Vor dem Hintergrund des ideologischen Wandels und gleichzeitigen Aufstiegs der SVP zur wählerstärksten Partei der Schweiz drängen sich hinsichtlich der anstehenden Wahlen 2015 vor allem zwei Fragen auf: Wer wählt heute die SVP und warum? Von besonderem Interesse ist dabei die Frage, ob es der SVP gelungen ist, ihr neues Profil als europakritische sowie kulturprotektionistische rechtspopulistische Volksvertreterin zu etablieren und entsprechend gesinnte Wählerschichten anzusprechen. Die Schweizer Wahlstudien Selects, allen voran die neuen Daten aus der Nachwahlbefragungen 2011, versprechen differenzierte und detaillierte

---

2 Siehe NZZ vom 3.10.2014, <http://www.nzz.ch/schweiz/srg-umfrage-zu-den-wahlen-2015-1.18396677>, Zugriff 26.3.2015. Betrachtet man ferner Wähleranteile aus kantonalen Wahlen (2011–2014) zeichnet sich ein stagnierender Trend von plus 0,4 % für die SVP ab (NZZ vom 18.10.2014, <http://www.nzz.ch/schweiz/die-parteien-im-ueberblick-1.18405326>, Zugriff 26.3.2015).

Antworten auf diese Fragen. Auf Basis dieser aktuellen Daten nimmt sich das folgende Kapitel zum Ziel, einen wichtigen Beitrag zur bestehenden Forschung zum Thema der Wählerpräferenzen für die SVP zu liefern (vgl. Bornschieer 2010; Hardmeier und Vatter 2003; Kitschelt und McGann 2003; Kriesi und Sciarini 2003; Kriesi et al. 2005; Lachat 2008).

## 2. Die SVP und ihre Wählerschaft

Betrachtet man das heutige Profil der wählerstärksten Partei der Schweiz, würde man nicht vermuten, dass die SVP lange Zeit eine ländliche Bauern- und Bürgerpartei war, die eine gemässigt protestantische und bürgerlich-konservative politische Ausrichtung vertrat (Brändle 1999; Kriesi et al. 2005: 256 f.; Skenderovic 2009: 123). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus einer Abspaltung vom Freisinn hervorgegangen, politisierte die SVP bis 1971 unter dem Namen Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) und vertrat als solche die Interessen der Bauern und des Gewerbes (Vatter 2002: 159). Noch bis in die frühen 1990er-Jahre galt die SVP zusammen mit der CVP als moderate Vertreterin des Mitte-rechts-Lagers, während die SP die linke und die FDP die Interessen der rechten Wählerschaft bediente (Brändle 1999: 18). Erst bei den Wahlen 1995 kam es zu einem klaren und starken Rechtsrutsch der SVP, der sich in den darauffolgenden Jahren fortsetzte und zugleich den Aufstieg der Partei einläutete.

Nebst politischen und parteispezifischen Faktoren wird der Aufstieg und Wandel der SVP vor allem als Reaktion auf neu aufgekommene Konflikte, insbesondere der Konfliktlinie zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung, gesehen (Bolliger 2007; Kriesi et al. 2008). Typische Mobilisierungsverlierer verbinden mit der EU vor allem fremde Einmischung in eigene Angelegenheiten, sehen ihren Job bedroht durch kostengünstigere ausländische Arbeitskräfte, befürchten eine Ausnützung der Sozialwerke durch Immigranten oder empfinden die wachsende kulturelle Vielfalt als Bedrohung schweizerischer Werte und Normen (vgl. Bornschieer 2010; Kriesi et al. 2008: 4 ff.).

Der Erfolg der SVP mit dem Thema der Einwanderung sowie der Globalisierung sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Diskussionen um kulturelle Abgrenzung schon seit geraumer Zeit die politische Debatte der Schweiz prägen. Das Land kennt eine lange Tradition des

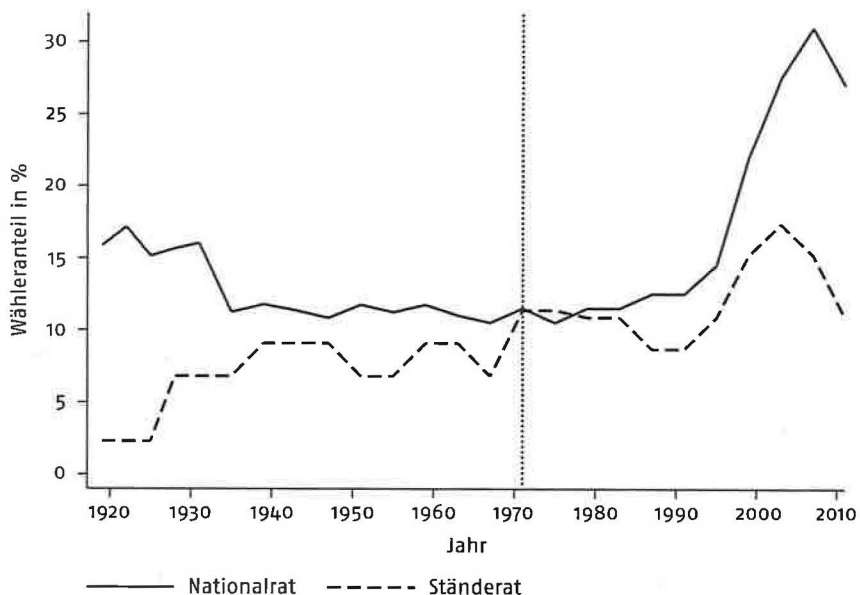
Widerstands gegen die «Überfremdung», die in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg an Einfluss gewann. Neben der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat, die 1961 gegründet wurde, waren eine ganze Reihe an radikalen rechten Parteien in die politische Arena eingezogen, die versuchten, mit den Instrumenten der direkten Demokratie ihre Anti-Immigrationsforderungen in die politische Debatte einzubringen (vgl. Ladner 2006; Mahnig und Piguët 2004; Niederberger 2004; Skenderovic 2009). Die SVP hat daher vor allem symbolische und kulturelle Ressourcen mobilisiert, die in der Gesellschaft bereits vorhanden waren (Skenderovic 2009: 47). Im Vergleich zu früher haben Konflikte um die kulturelle Öffnung oder Schliessung des Landes seit den 1990er-Jahren jedoch einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren. Erst diese Entwicklung ermöglichte es der SVP, die Stimmen der Globalisierungsverlierer derart erfolgreich zu bündeln (Bolliger 2007; Linder et al. 2008).

Nebst der Globalisierung und den damit einhergehenden sozialen Veränderungen trugen auch verschiedene nationale politische Faktoren dazu bei, dass die SVP ihre Wählerbasis derart stark ausbauen konnte. Dazu zählen neben der direkten Demokratie und konsensualen politischen Institutionen wie Proporz und Föderalismus auch parteiensystemspezifische Aspekte wie die Nationalisierung des Parteiensystems und eine professionalisierte Kampagnenführung. Proportionale Wahlen setzen die Hürden für den Einzug kleinerer Parteien ins Parlament tiefer als majoritäre Wahlsysteme (Bochsler und Bernauer 2011; Lijphart 2012), wovon populistische Parteien wie etwa die SVP in ihrer Anfangszeit bei Nationalratswahlen besonders profitieren (Hakhverdian und Koop 2007). Ferner bietet die föderalistische Staatsstruktur nicht nur ein Experimentierlabor für neue Politiken, sondern auch für Parteien. Letztere können den Erfolg neuer Themen zuerst in kantonalen Parlamenten prüfen, bevor sie damit auf nationaler Ebene aktiv werden (Lachat 2008: 142). Dieser Aspekt ist zentral für das Verständnis des Aufstiegs der SVP. So findet ihre Transformation von einer traditionell bäuerlichen Partei zur rechtspopulistischen Volkspartei ihren Ursprung im Kanton Zürich der späten 1970er-Jahre (Hofer et al. 2005). Die darauffolgende Wahlerfolge des radikaleren Flügels der Zürcher SVP bewegte andere kantonale Parteisektionen dazu, eine ähnliche Strategie zu verfolgen. Somit ist der Aufstieg der SVP gleichzeitig Ausdruck und Motor der Nationalisierung des Parteiensystems (Kriesi et al. 2005: 265 ff.).

Der dargelegte historische Aufstieg der SVP lässt sich durch deskriptive Analysen von Wahldaten belegen. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Wähleranteils der SVP seit 1920 bei National- und Ständeratswahlen, wobei bis 1971 der Anteil der BGB abgebildet ist, aus der die SVP entstand. Betrachtet man die Entwicklung bei den Nationalratswahlen seit 1971, so ist zuerst ein moderater Anstieg, der ab etwa 1991 kontinuierlich steiler wird, zu erkennen. Der Einbruch im Anstieg des SVP-Wähleranteils bei den Wahlen 2011 wird häufig mit der Abspaltung der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP) von der SVP erklärt, die bei den Nationalratswahlen 2011 auf Anhieb einen Wähleranteil von 5,4 Prozent verbuchen konnte.

Abbildung 1 zeigt weiter den direkten Vergleich mit den Ständeratswahlen, der ein interessantes Bild offenbart: Obwohl der Wähleranteil ähnlich zu dem der Nationalratswahlen verläuft, bleibt hier der SVP-Wähleranteil (ab etwa 1985) konsequent niedriger. Die SVP konnte folglich ihren steilen Aufstieg im Nationalrat nicht gleichermassen im Stän-

**Abbildung 1: Entwicklung des Wähleranteils der BGB/SVP bei den National- und Ständeratswahlen, 1920–2011**



Quelle: Bundesamt für Statistik (2014).

derat verwirklichen. Gemäss Lachat (2006) lässt sich dieser Unterschied nur indirekt auf die unterschiedlichen Wahlsysteme (Proporz im Nationalrat, Majorz im Ständerat) zurückführen. So ist es für die rechtspopulistische Partei schwieriger, die im Ständerat benötigten Wählermehrheiten zu generieren, als für gemässigte Mitte-rechts-Parteien. Um ihre Stimme in Ständeratswahlen nicht zu vergeuden, dürften deshalb viele SVP Anhänger nicht nur Kandidaten der eigenen Partei wählen, sondern mitunter auch auf aussichtsreichere Anwärter ideologisch benachbarter Parteien, wie etwa der FDP, ausweichen.

Historisch ist die SVP zuerst als eine «Partei der Kantone» aufgetreten, deren Nationalisierungsprozess durch zwei Faktoren begünstigt wurde: Zum einen ermöglichte es die rege und vor allem erfolgreiche Nutzung direktdemokratischer Instrumente durch kantonale SVP-Sektionen (Vatter 2002: 295), allen voran die Zürcher SVP, der nationalen Partei ihre Agenda aufzudrängen (Skenderovic 2009: 135). An der SVP zeigt sich somit beispielhaft, dass sie sowohl ein Kind der direkten Demokratie als auch der Kantone ist (Gruner 1977: 136; Vatter 2002). Zum anderen setzte die SVP neue Standards im Bereich Professionalisierung der Parteiorganisation über permanente Kampagnenführung und Negativwerbung (Kriesi et al. 2005: 143; Skenderovic 2009). Die idealtypische Verkörperung dieses neuen Politikstils findet sich im gewandten Redner und äusserst populären SVP-Politiker Christoph Blocher, ehemaliger Bundesrat und Präsident der SVP des Kantons Zürich. Die Sympathie für die Symbolfigur Blocher bildet denn auch ein zentrales Element zur Erklärung des Wahlerfolgs der Partei (Kriesi et al. 2005: 263 f.).

Abbildung 2 zeigt die Veränderung des Wähleranteils der SVP in den fünf Nationalratswahlen zwischen 1995 und 2011 im Vergleich der 26 Kantone. Obwohl deutliche Unterschiede zwischen den Kantonen erkennbar sind, zeigen sich auch Gemeinsamkeiten: Auf den ersten Blick fällt auf, dass sich in einem Grossteil der Kantone der Wähleranteil der SVP auf einem mittleren Niveau eingependelt hat, wobei insgesamt eine leichte Abwärtstendenz zu beobachten ist. Weiter hält die SVP in den Kantonen Bern und Zürich ein kontinuierlich hohes Niveau seit 1995. In anderen Kantonen, wie z.B. in St. Gallen oder Schwyz, verzeichnete die Partei einen deutlichen Anstieg des Wähleranteils.

Betrachtet man die Abbildung aus der Perspektive des «Röstigrabens» (Büchi 2000), der durch politische, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Differenzen zwischen den 26 Schweizer Kantonen geprägt ist, zeigt sich

der zeitverzögerte Aufstieg der SVP in den Kantonen der Westschweiz und im Tessin (Skenderovic 2009: 273). In den lateinischen Kantonen ist der Stimmenanteil der SVP bei den letzten fünf Nationalratswahlen im Durchschnitt wesentlich niedriger als in den deutschsprachigen Kantonen. Jedoch ist durchweg ein kontinuierlicher Anstieg des Stimmenanteils in diesen Kantonen zu verzeichnen, wohingegen in einem Grossteil der deutschsprachigen Kantone ein Rückgang des Stimmenanteils zwischen den Nationalratswahlen 2007 und 2011 zu beobachten ist.

Ob es sich beim rapiden Anstieg dieser rechtspopulistischen Partei um ein Schweiz-spezifisches Phänomen handelt, oder ob die schweizerische Entwicklung einen gesamteuropäischen Trend widerspiegelt, kann erst ein internationaler Vergleich klären. Um diese Frage näher zu beleuchten, sind in Abbildung 3 die Entwicklungen der Anteile rechtspopulistischer Parteien im europäischen Vergleich dargelegt. Insgesamt zeigt die Abbildung den Vergleich der Schweiz mit 13 anderen europäischen Ländern für die Periode zwischen 1995 und 2011. Mit Ausnahme von Italien und Polen lässt sich ein tendenzieller Aufwärtstrend für rechtspopulistische Parteien beobachten, der erst in jüngster Zeit wieder abflacht. Die Verläufe variieren dabei von eher moderaten (z. B. in Bulgarien) bis hin zu starken Anstiegen (z. B. in Finnland und Ungarn). In dieser Hinsicht ist die Schweizer Entwicklung also kein Sonderfall, sondern widerspiegelt einen gesamteuropäischen Trend. Laut Mudde (2007) und Kriesi et al. (2006) scheint die neue Konfliktlinie zwischen Globalisierungsgewinnern und -verlierern tatsächlich ein europaweites Phänomen zu sein, das vor allem rechtspopulistische Parteien erfolgreich zu mobilisieren wissen.

Der im internationalen Vergleich kontinuierlich hohe Wähleranteil der SVP ist auch als Produkt des politischen Systems zu verstehen. Hier zeigen sich die Auswirkungen des konsensualen politischen Systems der Schweiz, das nicht nur mehrheitsfähige moderate Parteiideologien honoriert, sondern auch die Hürden für den Einbezug vormals kleinerer, von der Mitte abweichender Parteien sehr tief setzt. Dieses Phänomen lässt sich mit dem Anteil in Österreich, das ebenfalls ein föderales und proporz-demokratisches Land ist, vergleichen, auch wenn dort der Stimmenanteil für die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) deutlich stärkeren Schwankungen unterliegt als jener der SVP in der Schweiz. Jedoch zeigt der Erfolg des Front National (FN) in Frankreich oder jüngst der UK Independence Party (UKIP) in Grossbritannien bei lokalen und Europawahlen, dass rechtspopulistische Parteien mit ihrer europakritischen und

Abbildung 2: SVP Stimmenanteil in den Nationalratswahlen, 1995–2011, nach Kantonen

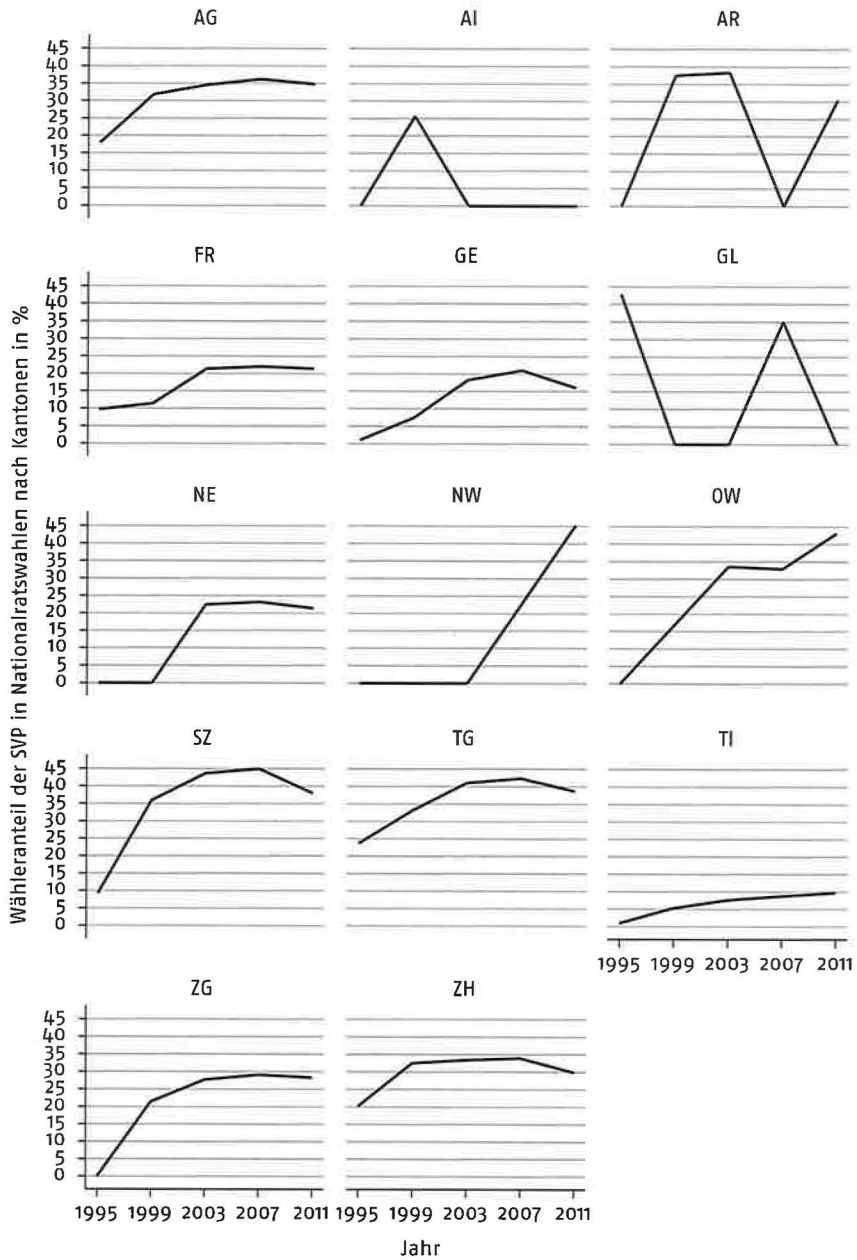
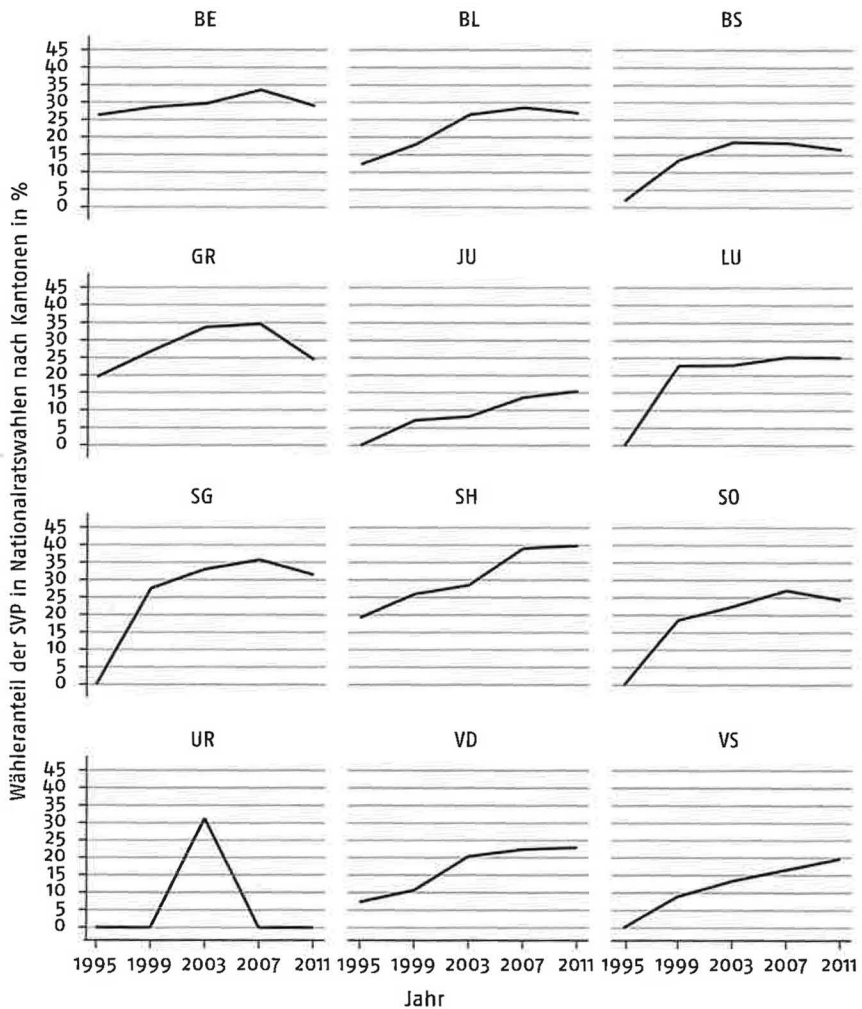


Abbildung 2: (Fortsetzung)



Quelle: Bundesamt für Statistik (2014).

immigrationsskeptischen Agenda sogar in zentristisch und majoritär ausgerichteten Regierungssystemen nicht nur grossen Zuspruch in der Bevölkerung erfahren, sondern auch erfolgreich sein können (vgl. Lijphart 2012: 244).

Abbildung 3: Europäischer Vergleich des Anteils rechtspopulistischer Parteien in nationalen Parlamenten, 1995–2011

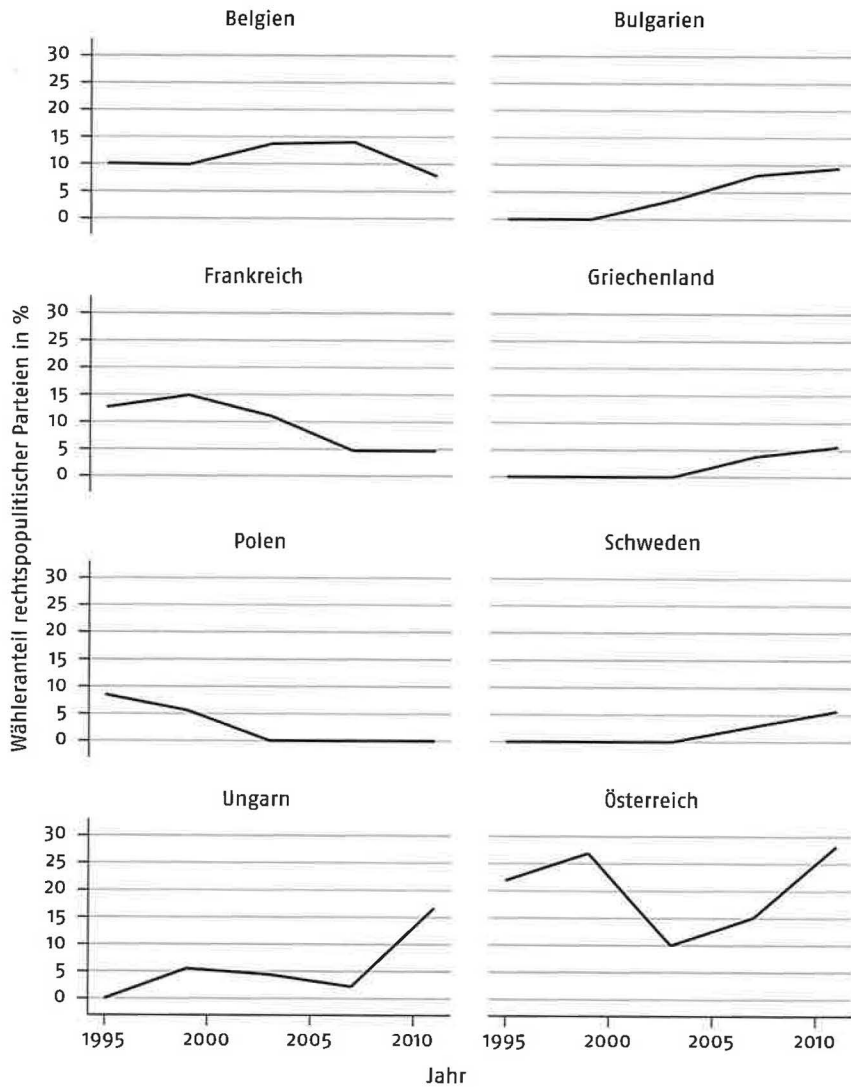
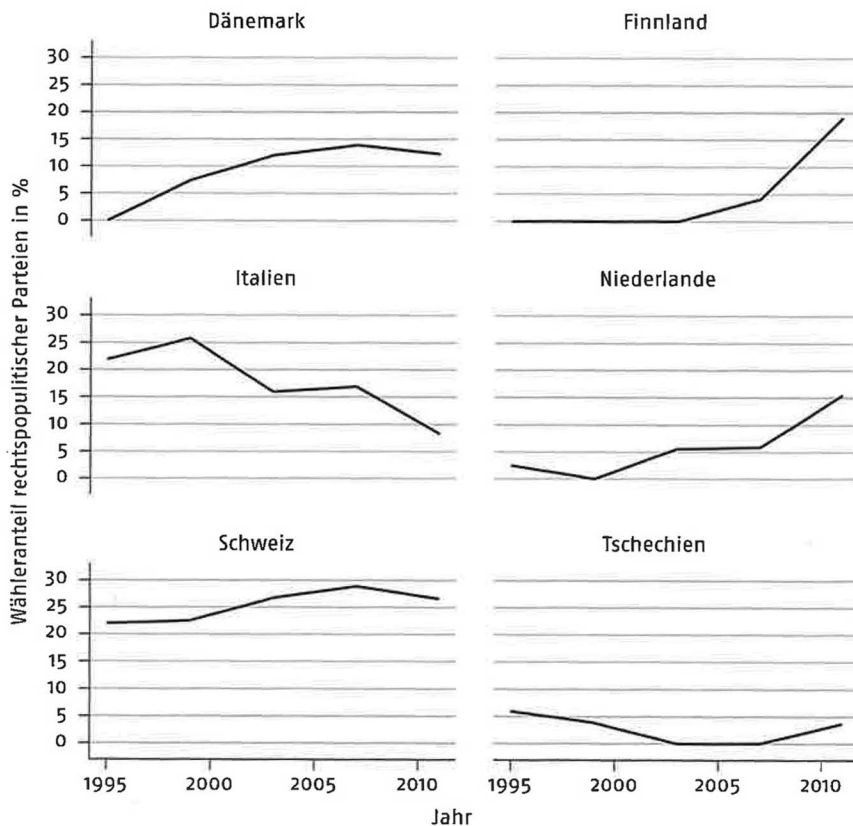


Abbildung 3: (Fortsetzung)



Anmerkungen: Aufgeführt sind lediglich jene europäischen Staaten, in denen rechtspopulistische Parteien im nationalen Parlament vertreten sind. Die SVP gilt erst seit 1995 als rechtspopulistisch, bis dahin wurde sie als Bauernpartei (*agrarian*) klassifiziert.

Quelle: Comparative Political Data Set (Armingeon et al. 2014).

### 3. Wer wählt die SVP? Ein Vergleich der Wahlen 2003 und 2011

Das Ziel dieses Beitrags ist es, der Frage nachzugehen, welche spezifischen Merkmale die SVP-Wählerschaft ausmachen und welche Entwicklungen für die Zukunft zu erwarten sind. Hierzu werden im Folgenden die jeweiligen potenziellen Einflussfaktoren sowie deren hypothetischen Zusammen-

menhänge mit der Wahlwahrscheinlichkeit der SVP präsentiert. Wenn wir die Grundlagen der Wahlpräferenzen für die SVP erörtern möchten, gilt es sowohl persönliche Merkmale als auch Faktoren der Umwelt zu beachten. Genauer gesagt wollen wir hier die Faktoren betrachten, die zu einer erhöhten Wahlwahrscheinlichkeit der SVP führen. Die Datenbasis bilden die Schweizer Wahlstudien Selects. Da sich das Kapitel als aktueller Beitrag an die existierende Forschung zu diesem Thema versteht, konzentrieren sich die empirischen Analysen auf den Vergleich der Wahlnachbefragungen Selects 2003 und Selects 2011.<sup>3</sup> Die abhängige Variable bildet die Frage, für wie wahrscheinlich man es einschätzen würde, die SVP in den Nationalratswahlen zu wählen (Kriesi et al. 2005; Steenbergen 2010). Diese Messung gibt eine präzise individuelle Einschätzung der Wahlwahrscheinlichkeit auf einer metrischen Skala wider.

In der Literatur gibt es zahlreiche Ansätze zur Erklärung des Wahlverhaltens und der Parteipräferenz (Steenbergen 2010). Durchgesetzt haben sich die traditionellen Ansätze der Columbia- und Rochester-Schulen (Berelson et al. 1954; Downs 1957; Lazarsfeld et al. [1944] 1968; Schön 2009). Die Columbia-Schule stellt den Einfluss von individuellen soziodemografischen Faktoren in den Mittelpunkt, ein Vorgehen, das verwandt ist mit dem Ansatz der Konfliktlinien von Lipset und Rokkan (1967). Beide Ansätze gehen davon aus, dass sich Parteien und ihre Wähler entlang von spezifischen Streitfragen im politischen Raum positionieren. In den bisherigen Studien zur Wahlwahrscheinlichkeit von rechtspopulistischen Parteien im Innerschweizer als auch im europäischen Vergleich haben sich diese Ansätze bereits bewährt (Arzheimer 2009; Immerzeel et al. 2015; Kriesi et al. 2005; Steenbergen 2010; Zhirkov 2014), weswegen wir auch in der folgenden Argumentation und Analyse primär darauf zurückgreifen werden. Traditionell spielen die Konfliktlinien eine grosse

---

3 Eine vertiefende Analyse zu den Einflüssen auf die Wahlwahrscheinlichkeit der SVP in den vorhergehenden Nationalratswahlen seit 1995 findet sich bei Kriesi et al. (2005), weswegen hier auf eine Analyse dieser Wahlen verzichtet wird. Ferner sind die Daten von 2003 und 2011 auch am besten miteinander vergleichbar. Bei der Nachwahlbefragung 2007 kam es zu Abweichungen bei den Antwortkategorien einzelner Fragen, was sich mitunter in systematischen Unterschieden bei den Resultaten niederschlug, weshalb wir diese Daten nicht verwenden. Weiter ist für die Jahre vor 2003 unsere abhängige Variable, die Wahlwahrscheinlichkeit der SVP, nicht verfügbar.

Rolle in der Erklärung des Wahlsystems und der Wählerpräferenzen in der Schweiz (Bornschier 2010; Kriesi und Trechsel 2008; Steenbergen 2010; Vatter 2014).

Insgesamt lassen sich in der Schweiz vier klassische Konfliktlinien identifizieren. Der erste Konflikt, der traditionell von grosser Bedeutung war, betrifft die Spaltung zwischen Katholiken und Protestanten als auch die Differenz zwischen religiösen und säkularisierten Personen (Fontana et al. 2006). Es wird vermutet, dass sich Individuen entlang dieses Konflikts in ihrem Wahlverhalten unterscheiden (Arzheimer und Carter 2009; Immerzeel et al. 2015). Im Schweizer Fall wird den Katholiken eine hohe Wahrscheinlichkeit zugesprochen, die CVP zu wählen, wohingegen Protestanten eher zur SVP neigen. Im Einklang mit dem historischen Profil der SVP (Kriesi et al. 2005) sollten auch weniger säkulare Wähler eine geringere Wahrscheinlichkeit haben, die SVP zu wählen. Kriesi et al. (2005) konnten feststellen, dass religiös aktive Katholiken die geringste Tendenz aufweisen, ihr Stimme der SVP zu geben. Als Konsequenz dieser Annahmen wird neben dem Einfluss der nominalen Zugehörigkeit auch die tatsächliche religiöse Partizipation in den Analysen erfasst. Sie wird anhand der Kirchgangshäufigkeit in die Analysen integriert.

Als zweite wichtige Konfliktlinie gilt bis heute noch diejenige zwischen Arbeit und Kapital im Sinne von Klassenunterschieden. Die Entstehung der SVP aus einer zentristischen Bauernpartei unterstreicht dabei die Annahme, dass sie eher von Individuen mit niedrigerem Bildungsstatus und geringeren sozioökonomischen Ressourcen gewählt wird (Oesch und Rennwald 2010; Rennwald 2014). Folglich wird diese Konfliktdimension anhand des individuellen Einkommens und der Bildung erfasst (siehe hierzu Steenbergen 2010). Eng an diesen Konflikt angeknüpft ist die fortwährende Differenz zwischen Stadt und Land in der Schweiz. Diese dritte Konfliktlinie widerspiegelt sich vor allem in Volksabstimmungen, bei denen in urbanen Gegenden eher für eine progressive Politik eingestanden wird als in ländlich geprägten Gebieten (Gainsborough 2005; Steenbergen 2010). Die tendenziell protektionistisch ausgerichtete Politik der SVP sollte dementsprechend mehr Zuspruch bei Individuen aus ländlichen Regionen erhalten. Die vierte Konfliktlinie der Schweiz orientiert sich an den sprachlichen Differenzen zwischen den Landesteilen der Schweiz und ist gemeinhin als «Röstigraben» bekannt (Büchi 2000). Der Graben breitet sich zwischen der Romandie und der Deutschschweiz aus. Hier lassen sich nicht nur sprachliche, sondern auch kultu-

relle, ökonomische und soziale Differenzen beobachten. In Bezug auf die hier gestellte Forschungsfrage folgen wir den Annahmen aus der Literatur (Bühlmann und Freitag 2006; Fontana et al. 2006; Kriesi et al. 2005; Steenbergen 2010) und vermuten, dass Individuen aus der deutschsprachigen Schweiz eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, SVP zu wählen. Die historische Verankerung der SVP in der Deutschschweiz spricht weiter für einen derartigen Zusammenhang (Skenderovic 2009).

Neben diesen eben aufgeführten traditionell verankerten Konfliktlinien ist in der Schweiz heute immer häufiger von einer neuen Konfliktlinie die Rede. Wie in den vorangehenden Abschnitten bereits dargelegt, drehen sich die damit verbundenen Konflikte massgeblich um Fragen der Öffnung oder Schliessung der Schweiz gegenüber dem Ausland, der Meinung gegenüber Immigranten und der vermehrten Zuwanderung (siehe hierzu auch Ackermann und Kijewski in diesem Band). In ihrer Analyse zum Aufstieg der SVP in der Schweiz konzentrieren sich z.B. Kriesi et al. (2005) auf die spezifischen persönlichen Einstellungen zu vorherrschenden Sachfragen in der Schweiz, die laut den Autoren den vermehrten Zuspruch zur SVP in der Bevölkerung am besten erklären können. Dies sind konkret die Einstellungen bezüglich der Fragen, ob Ausländer die gleichen Chancen erhalten sollten wie Schweizer, ob die Schweiz der EU beitreten sollte und ob höhere Einkommen auch progressiv besteuert werden sollten. Die ersten beiden Einstellungen spalten sich entlang der «neuen» Konfliktlinie, die nach Bornschiefer (2010) unter dem Begriff des kulturellen Differentialismus (*cultural differentialism*) subsumiert werden kann. Hier geht es um die Bewahrung der eigenen Kultur und eine teilweise Abschottung gegenüber dem Ausland als Schutz für das eigene Land und seiner Ökonomie. Kriesi et al. (2005) weisen in ihrer Analyse nach, dass gerade die kulturellen Konflikte sowie der sogenannte Blocher-Effekt den Aufstieg der SVP begründeten, während ökonomische Konflikte zweitrangig waren (vgl. Lachat und Selb 2005: 246 f.).

Dementsprechend liegt unser Hauptaugenmerk in der folgenden Analyse auf der Erklärungskraft der Einstellungen der Wählerschaft zu spezifischen Sachthemen, die sich entlang der «neuen» kulturellen Konfliktlinie in der Schweiz bewegen. Um ein besseres Bild von diesen Einstellungen zu erhalten, sind die Verteilungen zu drei Sachfragen in den Schweizer Kantonen sowie ihre Veränderung zwischen 2003 und 2011 in den Abbildungen 4a bis 4c dargestellt. In der Abbildung 4a ist die Einstellung zur Chancengleichheit für Ausländer in der Schweiz über die 26 Kantone hin-

Abbildung 4a: Befürwortung besserer Chancen für Schweizer – Veränderung der Einstellungen zwischen 2003 und 2011

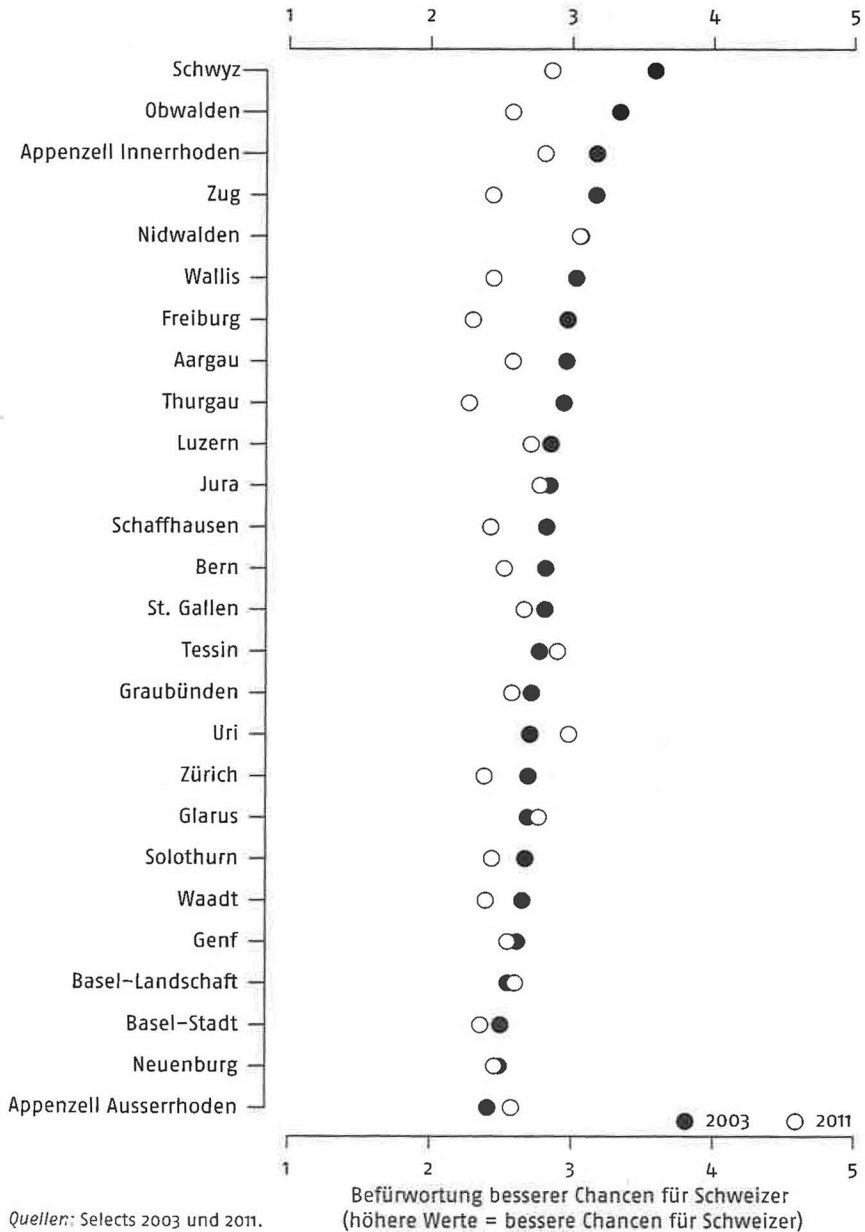


Abbildung 4b: Ablehnung eines EU-Beitritts der Schweiz – Veränderung der Einstellungen zwischen 2003 und 2011

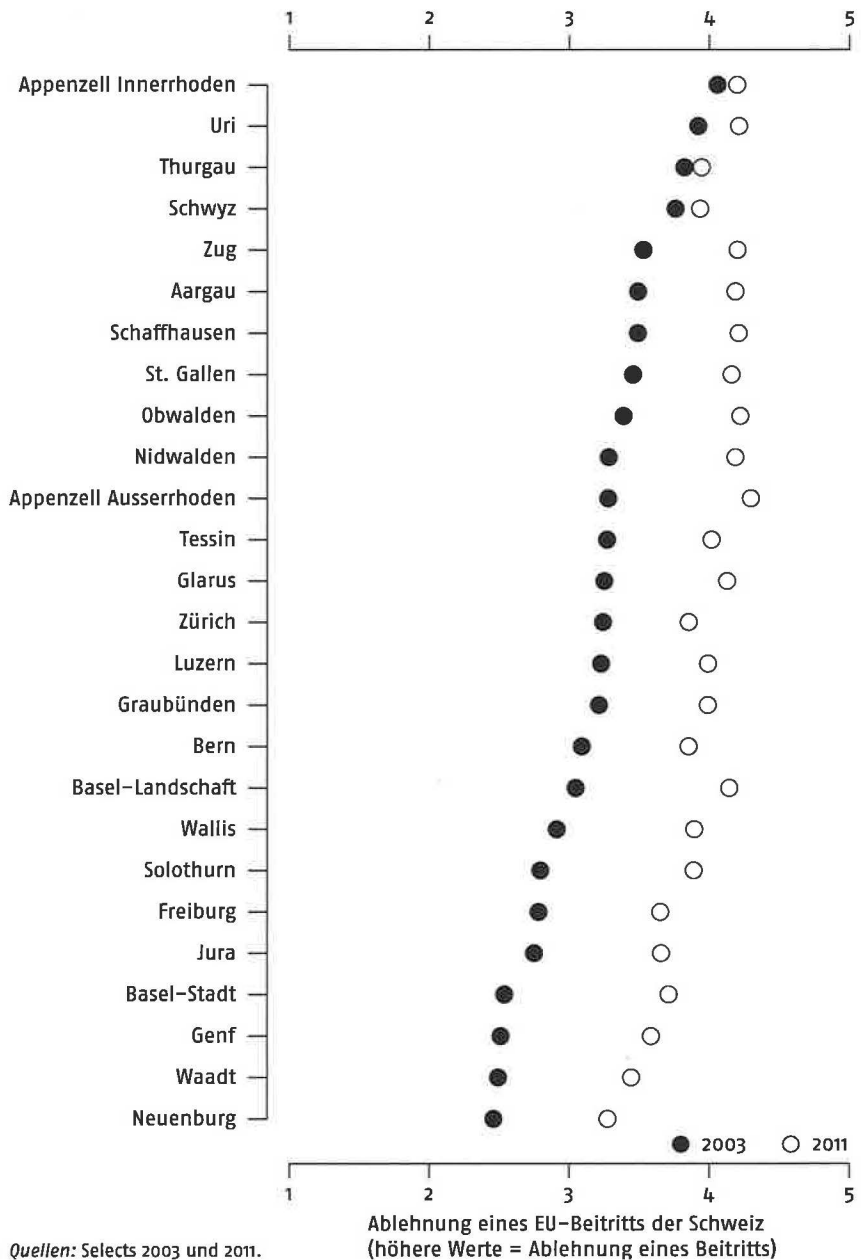
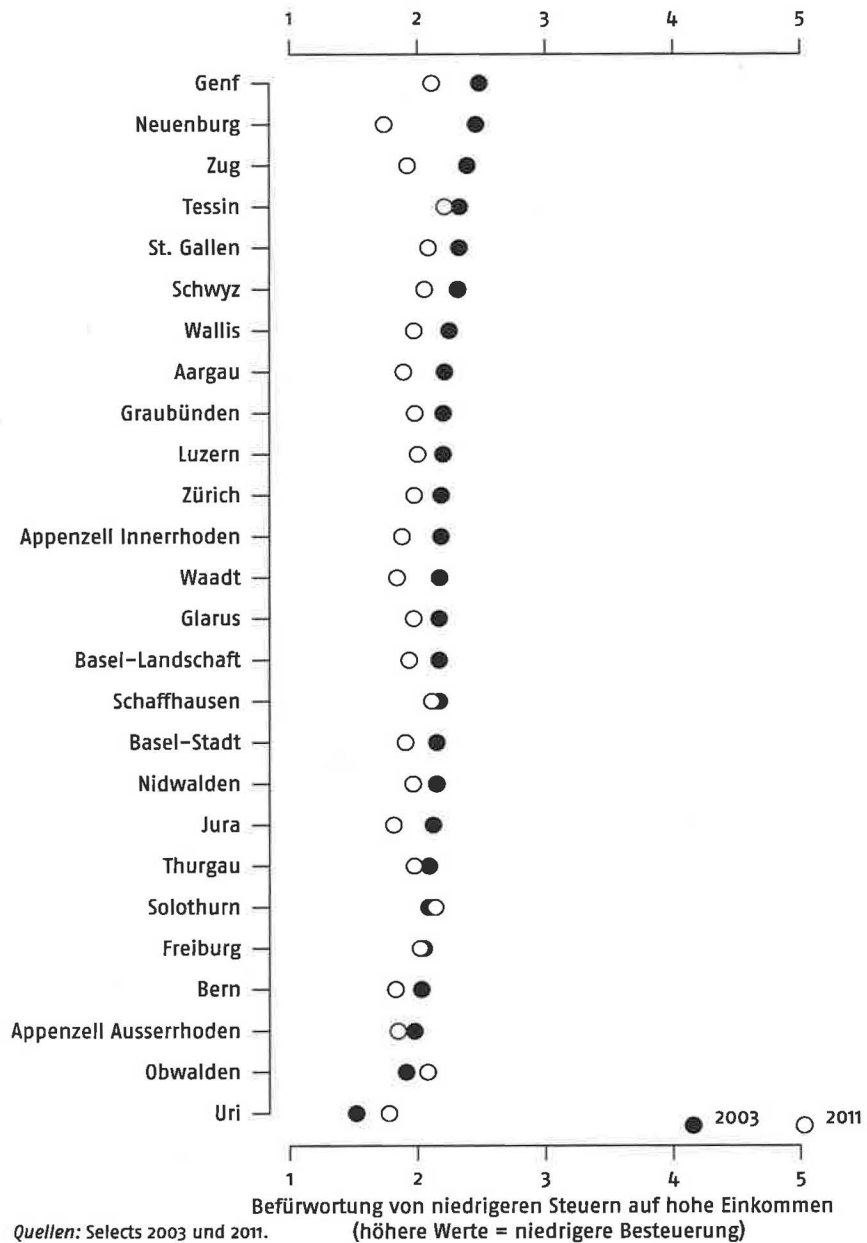


Abbildung 4c: Befürwortung von niedrigeren Steuern auf hohe Einkommen – Veränderung der Einstellungen zwischen 2003 und 2011



weg abgebildet, wobei höhere Werte auf der Skala eine stärkere Zustimmung für bessere Chancen für Schweizer bedeuten. Auf den ersten Blick ist offensichtlich, dass zwischen den Kantonen eine geringe Varianz besteht. Anhand der Abbildung lässt sich folglich nicht erkennen, ob es in Bezug auf diese Sachfrage den typischen «Röstigraben» in der Schweiz gibt, obwohl sich ein Grossteil der lateinischen Kantone am unteren Ende der Skala befindet. Weiter kann man sehen, dass es nur eine geringe Veränderung zwischen den Jahren 2003 und 2011 in den Kantonen gab: Die Einstellung zur Chancengleichheit verteilt sich stabil um den Mittelwert der Skala. Jedoch ist eine leichte Tendenz hin zu einer stärkeren Einstellung für die Chancengleichheit von Ausländern und Schweizern zu beobachten.

Ein wesentlich differenzierteres Bild offenbart sich in Abbildung 4b bezüglich der Einstellung, ob die Schweiz zur EU beitreten sollte oder nicht. Obwohl die Meinung hierzu zwischen den Kantonen ebenfalls eher eine unmerkliche Varianz aufweist, ist die Einstellung zu dieser Frage generell niedriger auf der Skala angesiedelt: Sie ist gegen einen Beitritt zur EU ausgerichtet. Darüber hinaus zeigt die Entwicklung zwischen den Jahren 2003 und 2011, dass sich die Einstellung noch stärker in Richtung der Ablehnung einer EU-Mitgliedschaft entwickelt hat. Weiter lassen sich auch ansatzweise kantonale Muster erkennen. Am oberen Ende der Abbildung finden sich eher kleine und ländliche Kantone als ausgeprägte Europaskeptiker, wohingegen am unteren Ende vor allem die französischsprachigen Kantone stehen. Die Einstellung zum EU-Beitritt der Schweiz variiert somit zwischen Stadt und Land als auch zwischen den Sprachregionen.

In Abbildung 4c ist schliesslich die Einstellung zur höheren (progressiven) Besteuerung von höheren Einkommen aufgeführt. Die Vermutung war, dass diejenigen, die gegen eine höhere Besteuerung sind, auch eher SVP-Wähler sind. Die Abbildung zeigt jedoch, dass es eine grosse Einigkeit zu diesem Thema gibt. Es gibt die starke Tendenz, eine höhere Besteuerung zu befürworten. Weiter gibt es kaum eine Varianz zwischen den Kantonen. Insgesamt bekräftigen die deskriptiven Befunde in den Abbildungen 4a bis 4c die Vermutung, dass die SVP vor allem über die neue kulturelle Konfliktlinie Wähler gewinnen kann, während die ökonomische Dimension eine untergeordnete Rolle spielt.

Neben den bisher vorgestellten Faktoren, die hauptsächlich auf existierende und entstehende Konfliktlinien zurückzuführen sind, spielen noch weitere persönliche und kontextuelle Faktoren eine Rolle in der Erklä-

zung der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit. In der internationalen (Arzheimer 2009; Immerzeel et al. 2013; Zhirkov 2014) und auch in der nationalen Literatur (vor allem Fontana et al. 2006) spielen Geschlechterunterschiede eine wesentliche Rolle bei der Wahlentscheidung für rechtspopulistische Parteien. Fontana et al. (2006) argumentieren sogar, dass die Differenz im Wahlverhalten zwischen Männern und Frauen ebenfalls eine Konfliktlinie in der Schweiz darstellt. So konnte auch Steenbergen (2010) eine tiefe Kluft zwischen Männern und Frauen und ihrer Präferenz, die SVP zu wählen, aufdecken. Frauen haben eine wesentlich geringere Wahrscheinlichkeit, extreme Parteien zu wählen, da sie politisch generell moderater eingestellt sind als Männer (Fontana et al. 2006). Darüber hinaus vertritt die SVP eine stark konservativ ausgerichtete Familienpolitik, die traditionelle Männer- und Frauenrollen unterstreicht. Folglich sollten Frauen weniger dazu tendieren, der SVP ihre Stimme zu geben.

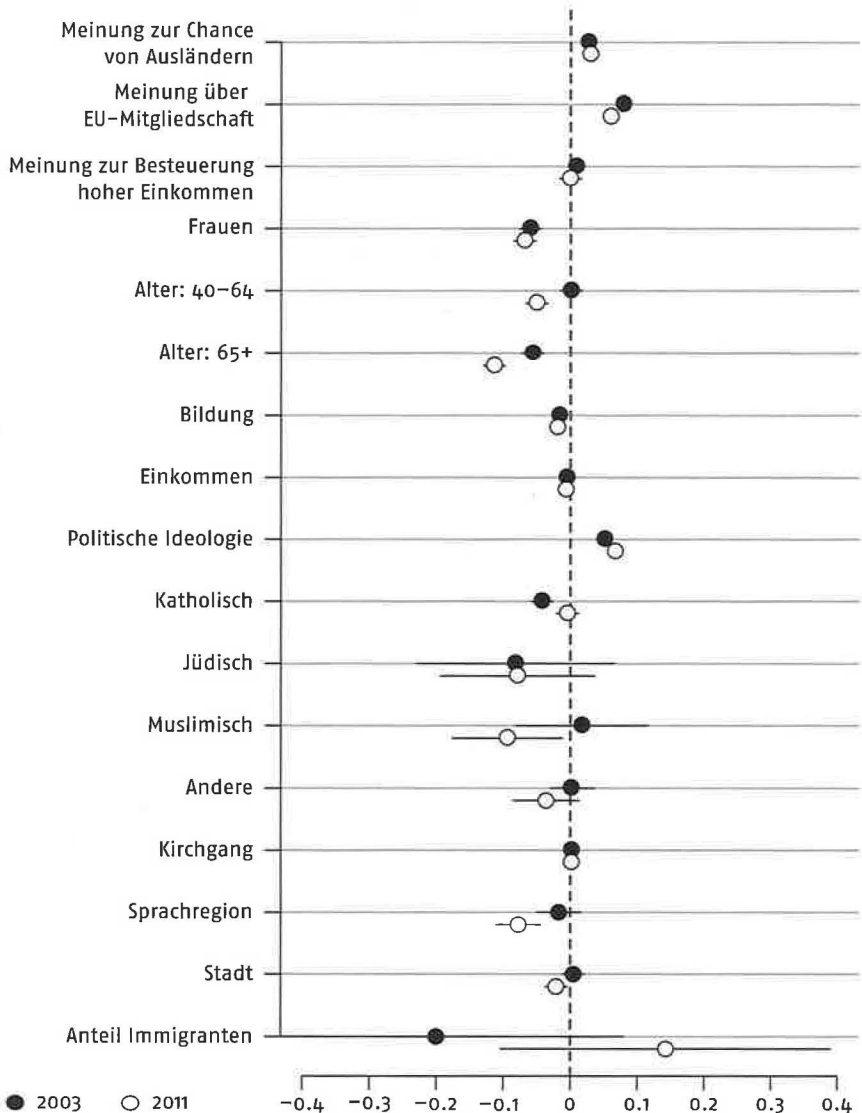
Weiter ist als einer der Haupteinflussfaktoren auf das Wahlverhalten die persönliche politische Ideologie zu berücksichtigen. Dieser Einfluss geht vor allem auf die Rochester-Schule zurück. Hier liegt es nahe zu behaupten, dass Individuen, die sich selbst auf der rechten Seite des Politikspektrums placieren, auch eher dazu neigen, die rechtspopulistische SVP zu wählen (Milic 2008). Dieser Zusammenhang konnte bereits in internationalen wie auch nationalen Studien belegt werden (Skenderovic 2009; Steenbergen 2010; Zhirkov 2014). Auf der Kontextebene wird zudem noch der Anteil der Immigranten berücksichtigt. Es ist anzunehmen, dass eine erhöhte Zahl an Immigranten in den Kantonen dazu führt, dass man diese eher ablehnt und folglich eher die SVP aufgrund ihrer Ausländerpolitik wählt (Lubbers et al. 2002; Lucassen und Lubbers 2012; Kehrberg 2014; Zhirkov 2014). Mehr Informationen zu allen verwendeten Variablen sowie ihrer Operationalisierung und Verteilung finden sich im Anhang in Tabelle A1.

Um Aufschlüsse über die empirische Tragfähigkeit der aufgeführten Argumente und Variablen zu geben, werden im Folgenden multivariate Modelle geschätzt. Da sich die abhängige Variable zum einen auf der individuellen Ebene (Wahrscheinlichkeit, die SVP zu wählen) und unsere Einflussvariablen zum anderen auf der individuellen (z. B. Einstellungen, soziodemografische Faktoren) wie auch auf der kontextuellen Ebene (z. B. Immigrantenteile, geografische Faktoren) befinden, werden die statistischen Analysen anhand von Mehrebenenmodellen durchgeführt. Diese Methode bietet den Vorteil, dass der Einfluss individueller und auch umweltbasierter Faktoren sowohl parallel als auch in Abhängigkeit vonei-

inander auf die abhängige Variable geschätzt werden kann (Steenbergen und Jones 2002). Den Kontext bilden dabei die 26 Schweizer Kantone. Insgesamt werden zwei Modelle, die alle die oben aufgeführten Einflussvariablen beinhalten, für die Jahre 2003 und 2011 vorgestellt. Um die Interpretation dieser Befunde zu erleichtern, werden sie grafisch in Abbildung 5 präsentiert. Die jeweiligen abgebildeten Koeffizienten legen dar, ob es sich um einen positiven oder negativen Einfluss der vorgestellten Einflussgrösse handelt. Die Ergebnisse für beide Modelle werden in der gleichen Abbildung wiedergegeben, um direkt einen Vergleich zwischen den beiden Wahlzeitpunkten ziehen zu können. Die statistische Zuverlässigkeit der geschätzten Koeffizienten wird durch die Konfidenzintervalle (horizontale Linie) aufgezeigt. Hier kann man von einem auf dem 90-Prozent-Niveau wahrscheinlichen Zusammenhang ausgehen, wenn das jeweilige Konfidenzintervall die vertikale Nulllinie nicht berührt oder schneidet. Wenn dies jedoch der Fall ist, können wir nicht von einem statistisch substantiellen Zusammenhang ausgehen, da dieser nur zufällig zustande gekommen sein kann.

Bezüglich der dargestellten Ergebnisse zu unseren Analysen sind zwei Dinge von besonderer Bedeutung: Erstens die Frage nach der Stärke und der Richtung des Einflusses auf die individuelle Wahrscheinlichkeit, die SVP zu wählen; und zweitens, ob sich diese Einflüsse in ihrer Stärke, Richtung oder Signifikanz über die zwei untersuchten Wahlen hinweg verändert haben. Zuerst ist anzumerken, dass der Befund der statistischen Irrelevanz auf einen beträchtlichen Teil der untersuchten Faktoren zutrifft: Die Wahrscheinlichkeit, die SVP zu wählen, ist folglich keine Frage der Einstellung zur Besteuerung von hohem Einkommen, des individuellen Einkommens, der Religiosität im Sinne des Kirchganges sowie des Anteils an Immigranten in den Kantonen. Für die Wahlwahrscheinlichkeit im Jahr 2003 spielen weder die Konfliktlinie zwischen den Sprachregionen noch der Konflikt zwischen urbanen und ländlichen Gegenden eine Rolle. Dahingegen offenbaren die Koeffizienten bezüglich unserer hauptinteressierenden Merkmale – die Einstellung zur Chancengleichheit und die Einstellung zum EU-Beitritt der Schweiz –, dass diese beiden Faktoren zu beiden Analysezeitpunkten die Wahrscheinlichkeit, die SVP zu wählen, signifikant erhöhen. Dieser Befund steht im Einklang mit den Erkenntnissen von Kriesi et al. (2005). Die neuen kulturellen Streitfragen haben einen über die Jahre hinweg stabilen Einfluss auf die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit, was auf eine Konsolidierung dieser aufstrebenden Konfliktlinie hindeutet.

Abbildung 5: Ergebnisse zur Erklärung der Wahlwahrscheinlichkeit der SVP für die Nationalratswahlen 2003 und 2011



Anmerkungen: Abhängige Variable ist die Wahlwahrscheinlichkeit der SVP; grafische Darstellung der Beta-Koeffizienten und 90%-Konfidenzintervalle basierend auf einer linearen Mehrebenenanalyse. Referenzkategorien bei kategorialen Variablen: Protestanten; N(2003) = 3310, N(2011) = 2594.

Quellen: Selects 2003 und 2011, siehe Tabelle A1 im Anhang.

Einen weiteren eindeutigen Effekt über beide Zeitpunkte hinweg weisen sowohl die politische Ideologie als auch das Geschlecht auf. Je weiter rechts sich eine Person auf dem politisch-ideologischen Spektrum placiert, desto eher ist sie bereit, die SVP zu wählen. Wie weitere hier nicht dargestellte Analysen belegen, spielt die Sympathie für Blocher eine unverändert wichtige Rolle zur Erklärung der SVP-Wahlwahrscheinlichkeit, wobei keine nennenswerte Veränderung der Effektstärke zu berichten ist.<sup>4</sup> Gleichermassen verhält es sich mit dem Geschlechterunterschied: Wie zuvor angenommen, haben Frauen eine geringere Wahrscheinlichkeit, die SVP zu wählen. Dies ist massgeblich auf die kulturprotektionistische und konservative Linie der SVP, die traditionelle Familien- und Frauenrollen untermauert, zurückzuführen. Auf den ersten Blick scheint jedoch das Alter einen interessanten Befund zu liefern: Im Vergleich zur Altersgruppe der 18- bis 39-Jährigen sind es insbesondere diejenigen Personen über 65 Jahre, welche die geringste Wahrscheinlichkeit haben, die SVP zu wählen. Für 2011 lässt sich sogar ein negativer Befund für die mittlere Alterskategorie beobachten. Sowohl in der Schweizer Forschung als auch im Schweizer Kontext wurde bisher weitgehend die Ansicht vertreten, dass insbesondere ältere (männliche) Personen die SVP wählen. Im internationalen Kontext kann dieser Befund jedoch in Bezug auf die Wahl rechtspopulistischer Parteien nicht repliziert werden (siehe z.B. Arzheimer 2009). In unserem Fall zeigt sich bei einer tiefer gehenden Analyse (hier nicht dargestellt), dass die ältere Bevölkerung in unserer Fallauswahl vor allem in urbanen Gegenden wohnt. Weiter befinden sich in der mittleren und oberen Alterskategorie vor allem Frauen. Diese Tatsachen können das Ergebnis beeinflussen, wobei festgehalten werden sollte, dass es eben die Altersschicht zwischen 18 und 39 ist, die eine hohe Wahrscheinlichkeit hat, die SVP zu wählen. Zusammenfassend kann zu beiden Wahlzeitpunk-

---

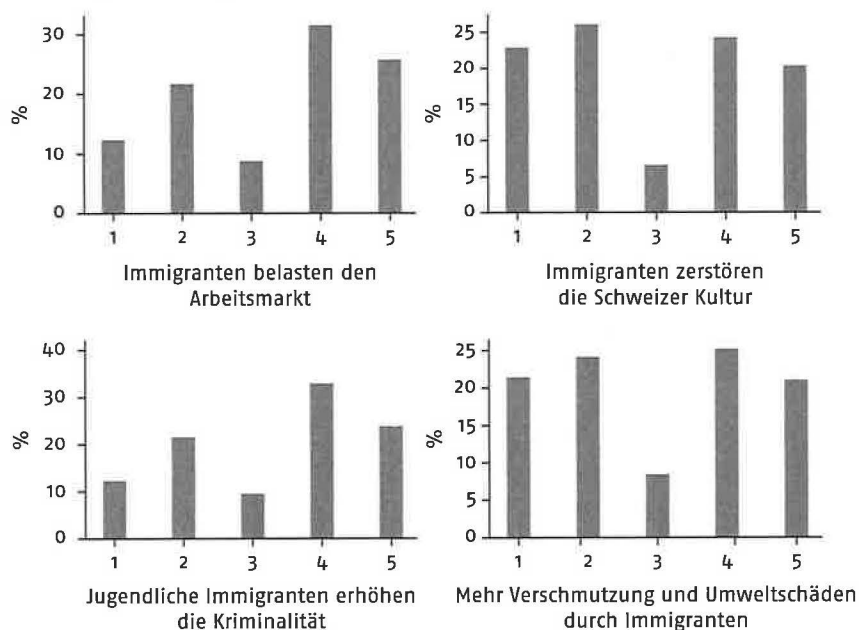
4 Wir verzichten darauf, weitere Indikatoren wie die Blocher-Sympathie oder die individuelle Parteiidentifikation in die Analyse zu integrieren. Zwar steht gerade die Parteiidentifikation in einem engen Zusammenhang mit dem theoretischen Erklärungsmodell des Kausaltrichters nach Campbell et al. (1980). Beide Variablen, die Blocher-Sympathie als auch die Parteiidentifikation mit der SVP, erklären jedoch zu beinahe 90% die Wahlwahrscheinlichkeit der SVP. Diese Variablen messen folglich fast das identische Konstrukt, weswegen eine Integration in die Analyse eine Tautologie darstellen würde.

ten gesagt werden, dass vor allem junge Männer unter 40, die zur politischen Rechten tendieren, ein eher geringes Bildungsniveau haben, bessere Chancen für Schweizer fordern und auch einen Beitritt der Schweiz zur EU ablehnen, die höchste Wahrscheinlichkeit haben, die SVP zu wählen. Für das Jahr 2011 erhöht sich die Wahrscheinlichkeit nochmals signifikant, wenn diese Person in einer ländlichen Gegend in der Deutschschweiz lebt.

#### **4. Einstellungen gegenüber Immigranten und die Wahrscheinlichkeit, die SVP zu wählen – eine vertiefte Analyse der Wahlen von 2011**

Der oben aufgeführte konstante Einfluss der «neuen» kulturellen Konfliktlinie lässt sich in einer tiefer gehenden Analyse der Nationalratswahlen von 2011 noch präziser bezüglich des Einflusses der Einstellungen gegenüber Immigranten überprüfen. Die Einstellung zur Chancengleichheit von Ausländern stellt keinen optimalen Indikator zur Überprüfung der Wirkung der Konfliktlinie auf Basis des kulturellen Differentialismus dar. Die Frage der Chancengleichheit kann sich auf unterschiedliche Dimensionen wie beispielsweise die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt, innerhalb des politischen Systems oder auch im zwischenmenschlichen Bereich beziehen. Um die wirkliche Angst vor einer steigenden ethnischen Diversität zu erfassen, benötigt es Indikatoren, die stärker auf die Frage der wahrgenommenen Bedrohungen und die Angst der Zerstörung der eigenen Kultur abzielen. Die Selects-Studie zur Nationalratswahl 2011 bietet eine Reihe derartiger Bedrohungsindikatoren, die sich für eine vertiefende Analyse anbieten. Genauer ziehen wir die vier Indikatoren aus Abbildung 6 für unsere weitergehenden empirischen Überlegungen heran. Diese Indikatoren decken die Bandbreite möglicher empfundener Bedrohungen durch Immigranten ab: ökonomische Bedrohung, kulturelle Bedrohung, Angst vor erhöhter Kriminalität sowie die ökologische Bedrohung. Bezüglich dieser Indikatoren wird gemeinhin angenommen, dass höheres Bedrohungsempfinden und somit eine tendenziell negativere Einstellung gegenüber Immigranten zu einer erhöhten Wahlwahrscheinlichkeit der SVP führt, da diese eine deutliche Politik gegen Immigranten unterstützt. Jedoch wird nicht von einem universell gleich starken Einfluss in diesem Zusammenhang gesprochen, sondern die Idee

Abbildung 6: Verteilung der Einstellungen gegenüber Ausländern in der Schweiz, 2011



Anmerkungen: 1 = lehne vollkommen ab; 2 = lehne eher ab; 3 = weder noch; 4 = stimme eher zu; 5 = stimme vollkommen zu.

Quelle: Selects 2011.

vertreten, dass auf Basis des kulturellen Differentialismus gerade die kulturelle Bedrohungsform die grösste Rolle spielen sollte. Vor allem in Hinblick darauf, dass die ökonomische Bedrohung in der Schweiz – einem Land mit einem, im internationalen Vergleich, hohem Pro-Kopf-Einkommen sowie einer niedrigen Arbeitslosenquote – niedriger ausgeprägt sein sollte als die Angst, dass die Kultur des Landes durch Immigranten unterminiert wird (Freitag und Rapp 2013).

Betrachtet man die Verteilungen in Abbildung 6, so wird offensichtlich, dass es in der Schweiz eine Polarisierung der Einstellungen gegenüber Immigranten gibt. Es scheint ein moralisches Schwarz-Weiss-Thema zu sein, das sich in der Parteienlandschaft, aber auch vermehrt im knappen Ausgang der Abstimmungen widerspiegelt. Die stärkste Polarisierung löst dabei die Frage nach der Zerstörung der eigenen Kultur durch

Immigranten aus. Hier scheinen die Befragten zwei gegensätzliche Pole zu vertreten: Die eine Seite spricht sich stark gegen diese Aussage aus, wohingegen eine ähnlich grosse Gruppe diese kulturelle Bedrohung durch Fremde in der Schweiz empfindet. Gleichermassen spaltet auch die Frage der erhöhten Umweltverschmutzung durch Immigranten, die beispielsweise durch die Ecopop-Initiative aufgegriffen wird, die Schweizer Gesellschaft.<sup>5</sup> Doch inwiefern führen diese Einstellungen dazu, die individuelle Wahlwahrscheinlichkeit der SVP zu erhöhen?

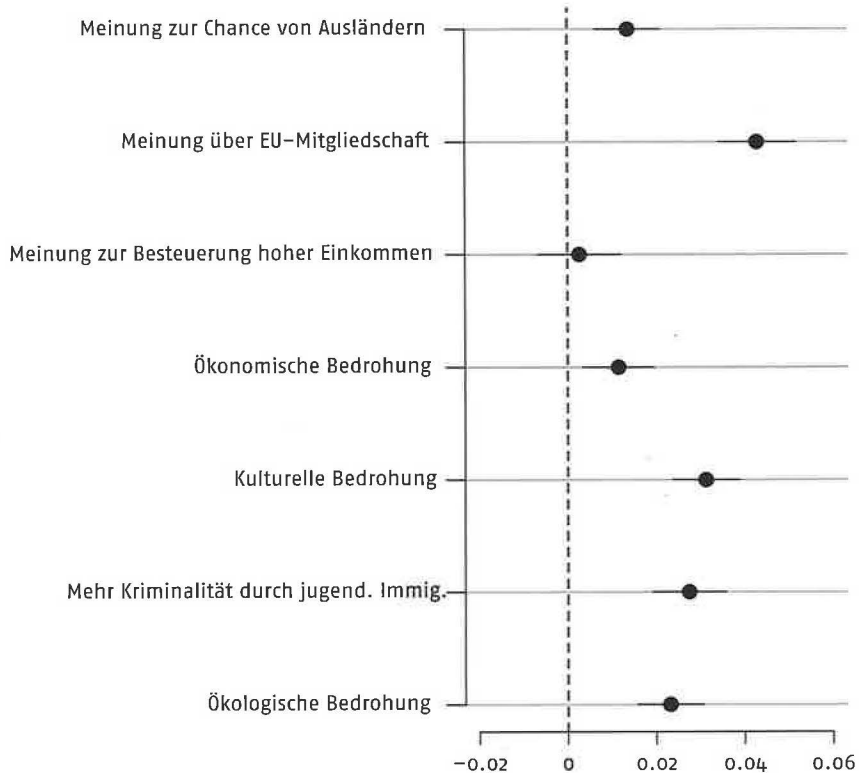
Abbildung 7 zeigt die Ergebnisse zur Schätzung des Effekts der Einstellungsfragen auf die Wahlwahrscheinlichkeit der SVP im Jahr 2011. Alle Modelle sind unter Kontrolle der zuvor aufgeführten Variablen geschätzt (siehe Abbildung 5). Da unser Fokus in dieser vertiefenden Analyse auf dem Einfluss der Einstellungen liegt, zeigen wir nur diese Effekte grafisch auf. Die Effekte der kontrollierenden Variablen verändern sich darüber hinaus zum vorhergehenden Modell in Abbildung 5 nicht. Zur besseren Interpretation sind erneut die geschätzten Werte grafisch dargestellt, wobei die Punkte den Koeffizienten widerspiegeln und die horizontalen Linien die Grenzen der statistischen Vertrauenswürdigkeit der ausgewiesenen Zusammenhänge.

Die dargestellten Ergebnisse offenbaren, dass bis auf die Einstellung zur stärkeren Besteuerung von hohem Einkommen sämtliche untersuchten Einstellungsfaktoren einen signifikant positiven Effekt auf die Wahlwahrscheinlichkeit der SVP haben. Da alle Indikatoren mit der gleichen Skala gemessen sind, können ihre Effektstärken miteinander verglichen werden. Der vorhergehende Befund kann auch durch diese Analyse bestätigt werden: Die Einstellung zum EU-Beitritt der Schweiz führt am stärksten zu einer Erhöhung der individuellen SVP-Wahlwahrscheinlichkeit. Dieses Thema scheint am engsten mit der Wahlentscheidung für oder gegen die SVP zusammenzuhängen. Wie erwartet erhöht von den vier Bedrohungsvariablen vor allem die kulturelle Bedrohung die Wahrscheinlichkeit der Wahlentscheidung für die SVP. Jedoch haben auch die Angst vor Kriminalität und die wahrgenommene ökologische Bedrohung einen durchaus relevanten Effekt auf die Wahlwahrscheinlichkeit der SVP. Lediglich die ökonomische Bedrohung scheint eine

---

5 Die Ecopop-Initiative wurde am 30.11.2014 mit einer klaren Mehrheit von 74,1 % von der Schweizer Bevölkerung abgelehnt.

Abbildung 7: Ergebnisse der vertiefenden Analyse zur Erklärung der Wahlwahrscheinlichkeit der SVP während der Nationalratswahl 2011



*Anmerkungen:* Abhängige Variable ist die Wahlwahrscheinlichkeit der SVP; grafische Darstellung der Beta-Koeffizienten und 90%-Konfidenzintervalle basierend auf einer linearen Mehrebenenanalyse. Das Modell kontrolliert ferner für alle in Abbildung 5 dargestellten individuellen und kontextuellen Faktoren (hier der Übersichtlichkeit wegen nicht aufgeführt); N = 2594.

*Quelle:* Selects 2011.

untergeordnete Auswirkung zu haben. Auch dieser Befund entspricht der Erwartung und belegt die Vermutung, dass die Angst vor der Zerstörung immaterieller Werte in der Schweiz eine wichtigere Rolle spielt als ökonomische Werte.

## 5. Schlussbetrachtungen

Zu Beginn dieses Kapitels stand die Frage: Wer wählt heute die SVP und warum? Empirische Analysen basierend auf Daten der Schweizer Wahlstudien Selects, insbesondere die jüngste Erhebung im Nachgang der eidgenössischen Wahlen 2011, erlauben es uns, aktuelle und differenzierte Antworten auf diese Fragen zu geben. So findet sich die höchste SVP-Wahlwahrscheinlichkeit unter Männern unter 40 Jahren, die zur politischen Rechten tendieren und ein eher geringes Bildungsniveau aufweisen. Ferner erhöht die Forderung nach besseren Chancen für Schweizer gegenüber Ausländern sowie die Ablehnung eines EU-Beitritts die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit markant. Damit belegen die Resultate internationale Forschungsbefunde (vgl. Arzheimer 2009; Mudde 2007), wonach junge Männer mit niedrigem Bildungsstand am stärksten von den negativen Auswirkungen der Globalisierung betroffen zu sein scheinen und deshalb besonders empfänglich sind für die europaskeptische und kulturprotektionistische Ideologie der SVP.

Ein Vergleich über die Zeit zeigt ferner, dass sich die neue Konfliktlinie bezüglich Öffnung oder Schliessung der Schweiz gegenüber dem Ausland und insbesondere der EU zwischen 2003 und 2011 konsolidiert hat. Darüber hinaus belegen die Resultate auch die Bedeutung des Immigrati-onsthemas und damit verknüpfter Bedrohungsgefühle auf der neuen kulturellen Konfliktlinie für die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit (vgl. Kehrberg 2014; Kriesi et al. 2006; Skenderovic 2009: 164). Die verschiedentlich beobachteten Anzeichen eines (partiellen) *realignment*s (Neufestsetzung) entlang dieser neuen Konfliktlinie (Bornschiefer 2010: 138; Kriesi et al. 2005: 256 ff.; Oesch und Rennwald 2010) haben sich in jüngster Zeit weiter verfestigt. Ein weiteres Indiz für ein solches *realignment* sind neue politische Bewegungen wie die Operation Libero, die sich als progressive Kraft versteht, für eine offene Schweiz und liberale Werte einsteht und somit explizit den Gegenpol zur SVP auf der kulturellen Konfliktlinie besetzt.<sup>6</sup>

Schliesslich legt der Vergleich über die Zeit nahe, dass die klare Positionierung der SVP am kulturprotektionistischen Pol mit einer Schärfung

---

6 Siehe etwa NZZ vom 13. Oktober 2014: «Operation Libero. Frischluft für die liberale Sache», online unter <http://www.nzz.ch/schweiz/frischluft-fuer-die-liberale-sache-1.18403034> (Stand: 26.3.2015).

des soziodemografischen Profils ihrer Wählerschaft einherging. So zeichnet sich die erhöhte SVP-Wahlwahrscheinlichkeit für junge Männer im Jahr 2011 noch einmal deutlich klarer ab als noch 2003. Umgekehrt deutet dies darauf hin, dass sich Frauen, ältere Bevölkerungsschichten, aber beispielsweise auch Muslime durch den polarisierenden Politikstil der SVP zusehends weniger angesprochen fühlen. Nebst den Unterschieden zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen vertieften sich aber auch regionale Differenzen, zumal die SVP-Wahlwahrscheinlichkeit sich 2011 nochmals signifikant erhöhte, wenn eine Person in einer ländlichen Gegend in der Deutschschweiz lebt.

Ausgehend von den vorliegenden Befunden lassen sich keine gesicherten Prognosen für die Wahlen 2015 formulieren. Gleichzeitig erscheinen gewisse Szenarien im Lichte der aktuellen Ausgangslage mehr oder weniger wahrscheinlich. Bezüglich des Wähleranteils deuten einige Anzeichen darauf hin, dass sich die SVP am rechten Rand des parteipolitischen Spektrums etabliert, ihr Mobilisierungspotenzial auf nationaler Ebene aber mittlerweile ausgeschöpft haben könnte. Sowohl Wahlbefragungen ein Jahr vor den Wahlen<sup>7</sup> als auch Trends aus kantonalen Wahlen unterstützen diese Interpretation und weisen in Richtung eines stagnierenden Wähleranteils der SVP. Da die Partei bereits den rechten Rand des politischen Spektrums absorbiert hat, wird sie noch weiter rechts kaum mehr Wähler gewinnen können. Zudem schreckt der polarisierende Politikstil der SVP gewisse Wählerschichten wie Frauen eher ab. Einen zusätzlichen Wählergewinn würde am ehesten eine Annäherung an politische Mitteparteien versprechen. Hinsichtlich der Wahlen 2015 ist denn auch zu erwarten, dass die SVP gemässigter auftritt, um auch bei der politischen Mitte punkten zu können. Ob dies ausreicht, um gemässigtere Wähler zu gewinnen, wird sich weisen müssen. Bislang ist eher der umgekehrte Trend zu beobachten, nämlich dass bürgerliche Mitteparteien wie die FDP, beeindruckt vom Erfolg der SVP, den bürgerlichen Schulterschluss mit der SVP suchen, um gemässigtere Schichten der SVP-Wählerschaft anzusprechen und auf diese Weise neue Wähler zu gewinnen (vgl. Kriesi et al., 2006: 926 f., Manatschal 2013: 126 ff.; siehe auch Bühlmann und Gerber in diesem Band).

---

7 Siehe etwa das Resultat des Wahlbarometers vom September 2014 (<http://www.gfsbern.ch/de-ch/Detail/wahlbarometer-2014-5173>, Zugriff 26.3.2015).

Zudem erwecken die jüngsten direktdemokratischen Erfolge der SVP bei nationalen Volksabstimmungen über die Minarettinitiative, die Ausschaffungsinitiative oder unlängst die Einwanderungsinitiative den Eindruck, dass die SVP zum Opfer ihres eigenen Erfolgs geworden ist. Aus dieser Perspektive wäre es gut denkbar, dass die SVP hinsichtlich der Wahlen 2015 einen noch strammeren rechtsbürgerlichen Kurs fahren wird, um das Terrain der Rechtsaussen-Partei besetzt halten zu können.<sup>8</sup> In diese Richtung weisen zumindest die neusten von der SVP angekündigten Volksinitiativen wie die Asylinitiative, oder das Begehren, Schweizer Recht vor Völkerrecht zu stellen. Dass die SVP seit einiger Zeit nicht nur Wahlen, sondern auch Abstimmungen gewinnt, dürfte für die Partei somit eine zweischneidige Sache sein. Ob sich die SVP bei den Wahlen 2015 als glaubwürdige Option für gemässigt bürgerliche Wähler präsentieren kann, erscheint vor diesem Hintergrund fraglich.

---

<sup>8</sup> Zu einer ähnlichen Einschätzung kam Adrian Vatter bereits nach den eidgenössischen Wahlen 1999. Siehe Bericht im *Bieler Tagblatt* vom 26. Oktober 1999: «Ein Rechtsrutsch, der keiner war» (<http://www.bielertagblatt.ch/nachrichten/vermishtes/ein-rechtsrutsch-der-keiner-war>, Zugriff 26.3.2015).